



Initiative für Transparenz und Demokratie

LobbyControl · Friedrichstr. 63 · 50676 Köln

Heidi Klein / Ulrich Müller
Tel.: 0221 / 169 65 07
Mail: kontakt@lobbycontrol.de
Web: www.lobbycontrol.de

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

mit großer Empörung beobachten wir, wie Sie und Ihre Regierung politische Entscheidungen an den wirtschaftlichen Interessen einflussreicher Unternehmen und Verbände ausrichten. Sie gewähren mächtigen Lobbyakteuren einen privilegierten Zugang und verhandeln mit ihnen wie mit Geschäftspartnern, statt Entscheidungen am Gemeinwohlinteresse auszurichten und allen Stimmen das gleiche Gehör zu verschaffen. So verhindern Sie eine transparente öffentliche Debatte und untergraben demokratische Entscheidungsprozesse.

Die atompolitische Entscheidung vom Anfang dieser Woche ist ein Paradebeispiel für diese undemokratische und intransparente Politik. Ihre Regierung hat hinter verschlossenen Türen mit den Energiekonzernen verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke ausgehandelt. An Parlament und Öffentlichkeit vorbei haben Sie eine schriftliche Vereinbarung mit den Energiekonzernen getroffen. Offensichtlich sollten die Bürgerinnen und Bürger die genauen Inhalte der Vereinbarung zunächst nicht erfahren. Nur durch Versprecher der Energiekonzerne und öffentlichen Druck wurde der Geheimvertrag drei Tage später öffentlich.

Ihr intransparentes Vorgehen in diesem Fall ist jedoch nicht das einzige Problem. Grundsätzlich gehören Konzerne nicht an einen Verhandlungstisch im Kanzleramt, wenn über ihre Regulierung und Besteuerung entschieden wird! Sie können angehört werden - aber eben nur als einer von vielen. Umweltorganisationen oder Bürger/innen aus der Anti-Atom-Bewegung wurden nicht gefragt, ob sie mit der Vereinbarung einverstanden sind. Auch die Stadtwerke oder Erneuerbare-Energie-Unternehmen, die ebenfalls stark betroffen sind, waren nicht in die Entscheidung eingebunden.

Wir fordern Sie auf, die Vereinbarung mit den Atomkonzernen zu widerrufen und einen neuen demokratischen Entscheidungsprozess für das Energiekonzept einzuleiten. Wir haben dazu eine Online-Aktion gestartet, die bis heute mehr als 5.000 Menschen unterzeichnet haben. Wir lassen Ihnen in nächster Zeit alle Unterschriften zukommen.

Die Aktion nimmt die aktuelle Atomvereinbarung zum Anlass – aber es geht uns um die Lobbyismus-Problematik generell. Denn diese Praxis ist kein Einzelfall, sondern zieht sich durch die verschiedensten Politikfelder:

Auch während der Finanzkrise haben Sie mit der Finanzwirtschaft über Krisenmaßnahmen und Rettungspakete verhandelt, während kritische Stimmen aus der Gesellschaft außen vor blieben. Das Parlament wurde zu Abnickern degradiert. In Gremien wie der „Initiative Finanzstandort Deutschland“ oder dem Instrument zur Förderung der hoch umstrittenen Verbriefungsgeschäfte in Deutschland „True Sales International“ sitzt die Regierung schon seit Jahren mit der Finanzlobby an einem Tisch. Mehr-

fach haben Rechtsanwaltskanzleien zudem an Entwürfen für Gesetze zum Umgang mit der Finanzkrise mitgearbeitet, die zugleich für Banken tätig sind.

In der vergangenen Woche sind zwei weitere Entscheidungen getroffen worden, die Partikularinteressen einflussreicher Wirtschaftsakteure bedienen, diesmal im Bereich Gesundheitspolitik: Zum klaren Vorteil der privaten Krankenversicherer (PKV) will Ihre Regierung die Rabatte der gesetzlichen Kassen bei Medikamenten auf die privaten Kassen übertragen, jungen Gutverdiener/innen den Wechsel zu den Privaten erleichtern und zugleich die gesetzlichen Versicherungen vom Geschäft mit den Zusatzleistungen wie Chefarztbehandlung oder Einzelzimmerarif ausschließen. Mit Christian Weber wirkt ein hochrangigen Ex-Lobbyisten der PKV direkt an der Spitze der Abteilung für Grundsatzfragen im Gesundheitsministerium an der Gesundheitspolitik mit.

Ebenfalls aus der letzten Woche stammt der Änderungsantrag der Regierungsfraktionen zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherungen. Danach soll die Nutzenbewertung neuer Arzneien in Zukunft nicht mehr allein nach wissenschaftlichen und medizinischen Kriterien und allein durch die Kontrollbehörden und dem zu diesem Zweck gegründeten Institut für Wirtschaftlichkeit und Qualität im Gesundheitswesen (IQWiG) durchgeführt werden, sondern politische und wirtschaftliche Kriterien mit einfließen. Die Pharmaindustrie kann sich über diesen Entwurf freuen – und sie hat scheinbar auch direkt die Feder geführt: laut Medienberichten sind Formulierungen aus einem Papier des Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller (VFA) nahezu wörtlich in den Änderungsantrag der Fraktionen übernommen worden.

Frau Merkel, dieses sind nur einige aktuelle Beispiele, wie mächtige Lobbyakteure aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden die Politik Ihrer Regierung prägen. Das ist ein Zustand, der in einer Demokratie inakzeptabel ist, der eine gleichberechtigte Partizipation aller verhindert und gemeinwohlorientierte Entscheidungen blockiert. Sie als Kanzlerin und Vorsitzende der größten Regierungspartei tragen die Verantwortung dafür.

Zugleich hinkt Deutschland in Sachen Transparenz-Vorschriften für Lobbyisten oder Regulierungen wie Karenzzeiten bei Wechseln von Politikerinnen und Politikern in Lobby-Tätigkeiten der internationalen Entwicklung der letzten Jahre hinterher. Bei unseren Wahlprüfsteinen im letzten Jahr war die Union am deutlichsten von allen Parteien gegen notwendige Regeln für Lobbyisten eingestellt.

Es wird Zeit, dass Sie sich als Bundeskanzlerin und Parteivorsitzende klar zum Thema Lobbyismus positionieren. Das starke Eingehen der Bundesregierung auf mächtige Lobbygruppen fällt letztlich auf Sie zurück. Diese Art von Lobby-Politik stößt bei den Menschen auf große Empörung, wir erleben das z.B. an den zahlreichen Kommentaren zu unserer Online-Aktion. Ändern Sie endlich den Kurs gegenüber den Lobbyisten!

Mit freundlichen Grüßen,

Heidi Klein

Ulrich Müller

Heidi Klein und Ulrich Müller
Vorstand LobbyControl e.V.